



## LANDESVORSTAND

# Innenministerin bei der GdP

von Dirk Schnubel

**Am 10. 12. 2004 stellte sich Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer im Rahmen einer Landesvorstandssitzung den Fragen der Kolleginnen und Kollegen. Zu dieser Gesprächsrunde im Rechtsschutzsaal in Bildstock konnte der Landesvorsitzende auch viele GdP-Vertrauensleute begrüßen. Hugo Müller hatte die Innenministerin Ende November 2004 zu dieser Veranstaltung eingeladen. Dem Besuch vorausgegangen waren ein persönliches Gespräch mit Frau Kramp-Karrenbauer und eine Gesprächsrunde zwischen den ÖD-Vorsitzenden im DGB-Saar und Ministerpräsident Peter Müller im Rahmen des so genannten „Solidarpakts Saar“.**

Hugo Müller führte in einem Statement in die verschiedenen Problemfelder ein. So reflektierte er auf den GdP-Sicherheitstest, in dem den Parteien verschiedene Fragen zum Thema „Innere Sicherheit“ gestellt worden waren. Hugo Müller fand es mehr als befremdlich, wenn in diesem Sicherheitstest die Frage nach den zukünftigen Einstellungszahlen mit „85 Polizeianwärter/innen“ beantwortet und unmittelbar nach der Wahl diese Zahl dann deutlich nach unten korrigiert wurde. Mit politischer Korrektheit und Glaubwürdigkeit habe dies nichts mehr zu tun, so Hugo Müller.

Weiterhin fand unser Landesvorsitzender die Vorgehensweise bezüglich angedachter Verschlechterungen im öffentlichen Dienst für unlauter. So habe man sich u.a. auch bei dem Gespräch mit Peter Müller darauf verständigt, im Rahmen der so genannten Solidarpaktgespräche zunächst vertraulich über mögliche Veränderungen zu reden, um diese dann auch gewerkschaftsintern zu diskutieren. Wenn diese „Giftliste“ dann schon am 9. 12. 2004 in der SZ öffentlich diskutiert werde, erschwere dies einen zukünftigen vertrauensvollen Umgang im Rahmen des „Solidarpaktes Saar“.

Letztlich thematisierte Hugo Müller auch noch die geplanten Änderungen im Bereich des Saarländischen Personalvertretungsrechts.

## Dramatische Haushaltslage

Die Innenministerin erklärte, dass sich das Saarland in einer schwierigen finanziellen Situation befinde. Angesichts der prekären Haushaltslage müsse das Land einen Betrag von rund 136 Millionen Euro im Haushalt 2005 einsparen. Dies gehe aber nur, wenn alle, aber wirklich alle, ihren

Rahmen einer neu zu definierenden Teilentschuldung komme, werde das Saarland sein Recht vor dem Bundesverfassungsgericht durchzusetzen versuchen. Hierzu sei es aber erforderlich, alle eigenen Sparpotenziale ausgeschöpft zu haben. Dies werde vom Bundesverfassungsgericht sehr genau und intensiv überprüft. Aus ihren Ausführungen erkenne man, so die Innenministerin, dass die Sparbemühungen das ganze



Annegret Kramp-Karrenbauer und Hugo Müller.

Foto: D. S.

Beitrag dazu leisten würden. Trotz dieses riesigen Einsparvolumens sei immer noch eine Nettokreditaufnahme von über 800 Millionen Euro notwendig. Die Teilentschuldung laufe aus und die Landesregierung sei sich ihrer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen bewusst. Wenn es zu keiner Lösung im

Land treffen müssen. Letztlich sei aber eine rein „saarländische Lösung“ nicht machbar, hier sei man auf die Hilfe der anderen Länder bzw. des Bundes angewiesen. Ein zweiter Punkt seien die in diesem Zusammenhang notwendigen Einschnitte im Polizeibereich. Für die polizeispezifischen Dinge sagte die Innenmi-

nisterin eine konstruktive Beteiligung der GdP zu.

## Mögliche Einsparpotenziale

Zur so genannten Giftliste erklärte sie, dass diese seit den Mettlacher Sparbeschlüssen bekannt sei. Im Personalbereich des Landes muss es zu globalen Minderausgaben von rund 30 Millionen Euro kommen, zumal die Personalausgaben mit rund 40 Prozent den größten Einzelausgabenblock im Landeshaushalt ausmachen. Deshalb werden in der Föderalismuskommission auch Gespräche geführt mit dem Ziel, verschiedene Veränderungen herbeizuführen. So sind die Länder bestrebt, die Besoldung und Versorgung ihrer Beamten selbst in die Hand zu nehmen. In diesem Zusammenhang soll auch der Artikel 33 Abs. 5 GG geändert werden. Im Gegenzug soll der Bund in Teilbereichen der Inneren Sicherheit (BKA, Katastrophenschutz) mehr Kompetenzen erhalten.

Frau Kramp-Karrenbauer erklärte, dass kein Bereich von den Einsparbemühungen ausgenommen sei. So müsse z. B. auch beim Staatstheater eingespart werden, das allein vom Land – ohne Beteiligung der Kommunen – finanziell unterstützt werde. Auch das Blindengeld werde einkommensabhängig gekürzt.

Der öffentliche Dienst sei mit den bereits erwähnten 30 Millionen Euro Einsparungen dabei und zwar zusätzlich zur Nullrunde und zusätzlich zur Personaleinsparquote, die bedeute, dass nur noch jede 3. frei werdende Stelle neu besetzt werde. Dies gelte jedoch ausdrücklich nicht für die Polizei, so die Innenministerin.

Fortsetzung auf Seite 2

### Stellschrauben für Einsparungen

Hier nannte Frau Kramp-Karrenbauer mit erster Priorität die Arbeitszeit und die Sonderzuwendungen. Allerdings müsse man in diesem Zusammenhang die Frage aufwerfen, wie viel Personal überhaupt zur Aufgabenerfüllung gebraucht werde. Auch hierbei müsse man als Saarländer mal den Blick über den Tellerand werfen um zu sehen, was ringsum auf diesem Gebiet geschehe. Die Frage der Lebensarbeitszeitverlängerung stehe für sie nicht an erster Stelle, dies liege vor allem an der ungünstigen Altersstruktur der saarländischen Polizei. Was die Sonderzuwen-

dungen betrifft, so die Innenministerin, hätten andere Länder bereits das Weihnachtsgeld gestrichen bzw. würden dies planen. Das Saarland habe bei der Kürzung eine soziale Staffelung eingeführt. Allerdings wird es nach ihrer Ansicht extrem schwierig, die bisherige Regelung (66 – 62 – 58 Prozent) beizubehalten.

Ob es bei der Beihilfe zur Umstellung auf eine so genannte Kostendämpfungspauschale komme, wie es sie in einigen anderen Ländern schon gebe, sei ungewiss. Hierzu wird es im Januar zu Gesprächen kommen.

### Quo Vadis Polizei

Da im Jahr 2005 nur noch etwa 50 bis max. 60 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter eingestellt werden, sind die zunächst angestrebten Gesamtzahlen nicht mehr zu halten. So ab 2009 wird es in jedem Jahr zu richtig großen Zahlen an Ruhestandsversetzungen kommen, so dass man sich recht bald Gedanken darüber machen muss, wie die Polizei nach dem Jahr 2010 aussehen wird bzw. aussehen soll. Viele Spezialisten werden ab 2010 die Polizei verlassen, für die Ersatz, gegebenenfalls durch Seiteneinsteiger gefunden werden müsse. Auch die Frage, ob grundsätzlich gehobener Dienst eingestellt werden müsse, wird wieder auf die Agenda kommen, so Frau Kramp-Karrenbauer. Und letztlich sei es sicherlich auch notwendig, die Aufbauorganisation wieder auf den Prüfstand zu stellen. Grundsätzlich sei dies ein offener Prozess, bei dem eine Beteiligung der Gewerkschaft der Polizei stattfinden werde.

Auch die Beförderungen wurden von der Innenministerin kurz angesprochen. So sollen die Überleitungen bis Ende der Legislaturperiode, also bis 2009 abgeschlossen sein. Das Beförderungsbudget soll gehalten werden, der Dienstpostenbewertung soll im nächsten Jahr durch Schaffung von 3 A 13er und 20 A 12er Stellen Rechnung getragen werden.

### Personalratswahlen

Das Saarländische Personalvertretungsgesetz (SPersVG) soll geändert, die Anzahl der Freistellungen reduziert werden. Mit den geplanten Änderungen wird sich im kommenden Jahr eine Kommission zu befassen haben.

### Tarifrecht

Es müsse in jedem Fall zu einer Angleichung des Tarifbereichs mit dem Beamtenbereich kommen. Auch Tarifangestellte müssten zukünftig eine genau so lange Wochenarbeitszeit haben wie die Beamten. Gleichklang sei aber

unmittelbar nach der Wahl revidiert wurde.

Carsten Baum ging in seinem Statement auf die Zukunftsfähigkeit der Versorgung ein. Man müsse hier gerade den jungen Kolleginnen und Kollegen reinen Wein einschenken und ihnen klarmachen, dass ihre Versorgung deutlich zurückgehen werde.

Arthur Jung wandte sich gegen eine Kostendämpfungspauschale und erklärte hierzu, dass das Saarland im Vergleich zu den anderen Bundesländern bei der Beihilfe den niedrigsten Standart hätte. In anderen Ländern gäbe es teilweise noch die freie Heilfürsorge bzw. die Wahlleistungen in der Beihilfe, die man sich im Saar-

### REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe unseres Landesteils ist der 4. Februar 2005.

**Deutsche Polizei**

**Ausgabe:**  
Landesbezirk Saarland

**Geschäftsstelle:**  
Kaiserstraße 258  
66133 Saarbrücken  
Telefon (06 81) 81 14 98  
Telefax (06 81) 81 52 31  
Homepage: www.gdp-saar.de  
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

**Redaktion:**  
Dirk Schnubel (V.i.S.d.P.)  
Örtlicher Personalrat beim PB Saarlouis  
Alte-Brauerei-Straße 3  
66740 Saarlouis  
Telefon: (0 68 31) 9 01-1 39  
E-Mail: dirk.schnubel@t-online.de

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-2 22  
Anzeigenleiter: Michael Schwarz  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28a vom 01. 04. 2003

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87  
ISSN 0170-6489



Interessierte Zuhörer im Rechtsschutzsaal in Bildstock

Foto: D. S.

auch herzustellen beim Urlaubsgeld und beim Weihnachtsgeld, so die Innenministerin. In der TDL verhandeln die Länder zurzeit nicht. Lediglich die Kommunen und der Bund sitzen dort noch am Verhandlungstisch. Es gebe unterschiedliche Interessenlagen zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Für sie bedeute dies, dass es auch unterschiedliche Regelungen geben müsse. Es sei nur verständlich, wenn die Länder, die den Großteil der Tarifangestellten bezahlen müssten, über das Ob und Wie zu bestimmen hätten.

Die sich anschließende Diskussionsrunde eröffnete Hugo Müller u. a. mit dem Hinweis, dass die derzeitige Landesregierung in den Jahren 1999 bis 2004 sehr viel für die Polizei getan habe. Er sei aber enttäuscht, dass vor der zurückliegenden Wahl 85 Einstellungen versprochen und dies

land teuer bei den Versicherungseinkäufen müsse.

Die Innenministerin erklärte hierzu, dass es noch keine konkreten Pläne zu einer Änderung der Versorgung gäbe. Auch sie sprach sich dafür aus, den Anwärterinnen und Anwärtern zu erklären, wo ihre Versorgung in 30-40 Jahren liegen wird, damit diese entsprechende Vorsorge betreiben könnten.

Hugo Müller wünschte sich, dass man, was die Verlängerung der Lebensarbeitszeit betrifft, zunächst einmal auf „Freiwilligkeit“ setzen sollte. Außerdem wünschte er sich eine wissenschaftliche Untersuchung zu den besonderen Erschwernissen des Polizeiberufs und bot hier die Hilfe der Gewerkschaft der Polizei an. Holzschnittartige Lösungen wie in anderen Ländern dürfe es hier nicht geben. Frau Kramp-Karrenbauer erklärte zu diesem

LANDESVORSTAND

Thema nochmals, dass nach ihrer Einschätzung eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit bei der Polizei keine Wirkung erzielen werde. Das Modell Rheinland-Pfalz sei jedenfalls nicht nachahmenswert. Nach ihrer Einschätzung müssten in der Tat besonders belastende Faktoren eingearbeitet werden, daher befürworte auch sie eine wissenschaftliche Untersuchung der besonderen Erschwernisse des Polizeiberufs. Die freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit

der Polizei immer noch sehr viele gäbe, träfen. Die Familien vieler Kolleg/innen werde verarmen. In der Folge werden mehr Elend und vor allem eine noch größere Arbeitslosigkeit produziert.

Christof Wilhelm forderte, die geplanten Absenkungen auch auf die Abgeordneten und die Minister zu übertragen.

Hierzu erklärte Frau Kramp-Karrenbauer, dass Minister im Saarland schon keine Abgeordnetenbezüge, sondern nur noch Ministerbezüge bekämen.



Die Innenministerin im Gespräch mit unseren Vertrauensleuten

Foto: D. S.

sei bisher sehr restriktiv gehandhabt worden. Eine Änderung dieser politischen Vorgabe werde aber überprüft. Nach ihrer Meinung müsste auch über ein „Lebensarbeitszeitmodell“ nachgedacht werden, das dann aber auf Dauer sicher festgeschrieben, d. h. politischen Veränderungen entzogen wird.

Hugo Müller thematisierte nochmals das Weihnachtsgeld, Wolfgang Schäfer die Wochenarbeitszeit und Reinhold Schmitt den Stellenplan.

Die Innenministerin erklärte hierzu, dass es beim Weihnachtsgeld zu einer weiteren Absenkung kommen werde, sie hoffe nicht auf Null. Was die Wochenarbeitszeit betrifft, erkenne sie ein Abhängigkeitsverhältnis zu den anstehenden Tarifverhandlungen. Diese müssen abgewartet werden. Es werde aber zukünftig sicherlich über die 42-Stunden-Woche zu diskutieren sein.

Bernhard Wirtz bemängelte, dass die Kürzungen vor allem die Kleinverdiener, von denen es bei

Patrick End erklärte, dass das Ende der Fahnenstange erreicht sei. Weitere Kürzungen seien den Kolleg/innen nicht mehr zu erklären. Die Stimmung in der Kollegenschaft sei sehr angespannt.

Hugo Müller bedankte sich schließlich bei der Innenministerin für die vielen neuen Infos und dass sie sich in die „Höhle des Löwen“ gewagt habe. Er wünsche sich zukünftig einen intensiven Meinungsaustausch vor Ort. Er habe bei den bisherigen Mitgliederversammlungen den Eindruck gewonnen, dass die Kolleg/innen von der GdP erwarten, dass verhandelt wird. In gleichem Atemzug wird aber auch erwartet, dass bestimmte Grenzen nicht überschritten werden. Letztlich schlug der Landesvorsitzende der Ministerin vor, anstelle der geplanten 50–60 Einstellungen doch, wie vor der Wahl versprochen, 85 Anwärterinnen und Anwärter einzustellen. Dies müsste auf Basis einer Teilzeiteinstellung möglich sein, d.h. die 85 Neueinstellungen werden zunächst

mit einer Arbeitszeit von etwa 80 Prozent eingestellt und entsprechend bezahlt. Nach der Ausbildung kann dann die Arbeitszeit und die Bezahlung auf 100 Prozent erhöht werden. Neben dem

positiven Effekt für den Arbeitsmarkt hätte dies auch entscheidende Vorteile für die zukünftige Polizeiorganisation. Frau Kramp-Karrenbauer versprach den Vorschlag zu überprüfen.

Meine Meinung:

*Es ist immer schwierig, die Politikersprache zu interpretieren. Klare konkrete Aussagen werden in der Regel nicht gemacht. Es wird nicht gesagt, das Weihnachtsgeld wird im nächsten Jahr gekürzt, sondern die Formulierung lautet, dass es unheimlich schwer sein wird, die jetzige Regelung beizubehalten. Jetzt haben wir Polizistinnen und Polizisten in der Vergangenheit wirklich schon umfangreiche Einschnitte in unserem Besoldungs- und Versorgungssystem hinnehmen müssen. Die Beihilfeverordnung wurde schon mehrmals geändert usw.*

*Wir alle (wirklich alle?) werden zum Sparen aufgefordert. Unter dem Begriff „Solidarpakt Saar“ erwartet man von uns, dass wir harte Zäsuren hinnehmen. Jetzt fühle ich mich persönlich sehr wohl in diesem Land, in der Gemeinde, in der ich mit meiner Familie, mit Freunden und Bekannten lebe. Dies bedeutet aber nicht, dass ich uneingeschränkt solidarisch zu diesem Land bin. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Solidarität sollte auf Gegenseitigkeit beruhen und hat daher eine Schmerzgrenze, die keine Seite überschreiten sollte. Und meine Schmerzgrenze wird dann verletzt, wenn ich das Gefühl habe, dass es mir in einer anderen Konstellation besser gehen könnte. Wenn drastische Kürzungen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zu Einsparungen führen sollen, eine Reduzierung der Abgeordneten aber nicht, diskutieren wir dann noch ehrlich? Daher meine Bitte an alle politisch Verantwortlichen in diesem Land. Überschreitet die Schmerzgrenze der Menschen nicht, ihr könntet euch dabei selbst in Frage stellen.*

POLIZEISELSORGE

Weihnachtsgottesdienst in Pfarrkirche Lebach

Am 7. 12. 2004 fand der diesjährige ökumenische Gottesdienst der saarl. Polizei in der Pfarrkirche Lebach statt. Die diesmal sehr gut besuchte Messe fand unter der Leitung von Polizeidekan Dr. Dillschneider und Polizeipfarrerinnen C. Unrath einen würdigen Rahmen und enthielt tiefgründige und nachdenkens-

werte Redebeiträge von Beamten der PI Lebach.

Auf Einladung von Bürgermeister Jung, Lebach, fand anschließend noch ein Empfang im Rathaus Lebach statt. Für sicherlich alle Mitwirkenden und Besucher des Gottesdienstes kann gesagt werden: „Eine gelungene Sache!“

CE



C. Unrath

Foto: Peter Schorr



Dr. Dillschneider

Foto: P. Schorr

### Ärger für die Katz'... oder?!

Von Reinhold Schmitt

**Es ist durchaus möglich, dass die folgenden Zeilen „Schnee von gestern“ sind, weil ein Gesetzentwurf der Saarländischen Landesregierung inzwischen von dieser wieder beerdigt worden ist. Schön wär's! Wir würden den „Hut ziehen“ und Anerkennung aussprechen!**

Für den Fall, dass von dem Vorhaben doch nicht abgerückt worden ist, obwohl Staatssekretär Müllenbach in der SZ (siehe Ausschnitt) erklärt hat „wenn die das nicht wollen, machen wir das nicht“, nachfolgend die Darstellung des für uns mit Ärger verbundenen Problems:

eventueller Absichten für das Jahr 2005 vor.

Auch muss bezweifelt werden, dass zu dem Zeitpunkt, zu dem dann im Jahr 2006 die Personalratswahlen stattfinden, die neuen Dienststellen, Behörden etc., auch im Sinne des Hesse-Vorschlages, bereits gebildet sind. Bei Bildung



**Am 7. 1. 2005 trafen sich 145 Personalvertreter in den Räumen der Arbeitskammer, um über die geplante Verlängerung der Wahlperiode bis 2006 zu beraten. Letztlich sprachen sich 142 von ihnen gegen die geplante Verlängerung der jetzigen Amtszeit aus. Ein klares und eindeutiges Votum – oder?**

„Die“ sind wir, die GdP und der DGB mit den anderen ÖD-Gewerkschaften im DGB, „das“ ist der Gesetzentwurf zur Verschiebung der Personalratswahlen 2005. Das wollen wir in der Tat nicht!

Warum?

Der Grund „bevorstehende Organisationsveränderungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Hesse-Gutachtens“, der für eine Verschiebung genannt wird, trifft für die Polizei nicht zu. Zumindest liegen uns keinerlei Informationen hinsichtlich

nur auf dem Papier, also per Organisationserlass, ist eine Wahl zwar möglich, aber für die Wahlvorstände ungleich schwieriger, da dies mit erheblich größerem Aufwand u. a. bei der Feststellung der Wahlberechtigten verbunden ist. In der Polizei kann davon ein Lied gesungen werden (z. B. 2001).

Es gab durch die Abschaffung und Zusammenlegung verschiedener Ministerien im November neue „Dienststellen“ mit neuem Personal. Deshalb war sogar wegen dort eigentlich fehlender

Saarbrücker Zeitung vom 29.12.2004



Gegenüber unserer Zeitung sagte Müllenbach, die Landesregierung sei für die Verlängerung der Amtsperiode mit den Gewerkschaften gesprächsbereit: „Wenn die das nicht wollen, machen wir das nicht.“ Außerdem werde man bei der Freistellung im Saarland keine 1,9 Millionen Euro sparen können – wiewohl die Mitbestimmung (ob zum Beispiel der Personalrat über die Anschaffung eines PC befinden muss) durchaus zu überprüfen sei.

#### MEINUNG

### Streit an der Schmerzgrenze

VON SZ-REDAKTEUR GERHARD FRANZ

Die Auseinandersetzung um Mitbestimmungsrechte im Saarland nähert sich auf leisen Sohlen. Da ist der Vorschlag der Verlängerung der Amtsperiode von Personalräten von vier auf fünf Jahre nur ein Stein, den man ins Wasser wirft. Nehmen die Gewerkschaften und Arbeitnehmer-Vertreter so einen Einschnitt ohne Murren hin, dann kann man ja auch etwas weiter gehen.

Staatssekretär Müllenbach nennt als Beispiel die Anschaffung eines PC, für die man derzeit die Zustimmung des Personalrats brauche. Bei der Mitbestimmung kommt man schnell an die Stelle, wo es der Arbeitnehmerseite verdammt wehtut. Und da fragt man sich, wem eine solche Kraftprobe im Saarland nutzen könnte. In einem Land zumal, in dem man die Sparschrauben über die Schmerzgrenzen hinaus anziehen muss. Viel Feind, viel Ehr' – lautet das Sprichwort. Doch wer den Kampf gegen allzu viele Feinde verliert, der ist am Ende abgemeldet.

#### Ausschnitte aus der SZ

Vertretungen in Erwägung gezogen worden, die Neuwahlen von Mai auf Januar/Februar vorzuziehen. Diese Zeit der Vertretungslosigkeit wird nun unzulässig verlängert.

Der wahre Grund wird nur hinter vorgehaltener Hand geflüstert: Es wird mehr Zeit benötigt, um die eigentlichen Änderungsvorhaben mit dem Ziel der Reduzierung der Personalvertretungen und insbesondere des Abbaus und der Beschneidung von Betei-

ligungsrechten der Beschäftigten, zu erarbeiten.

Vier Wochen vor Ankündigung der Gesetzesinitiative zur Verschiebung der Personalratswahlen war zwischen dem PHPR-Vorsitzenden und dem Ministerium der konkrete Termin für die Wahlen in der Polizei, 11./12. Mai 2005, verbindlich abgestimmt worden, so dass die Vorbereitungen angelaufen sind. Für die GdP bedeutet dies, dass bereits kosten-trächtige Veranstaltungen aber

LANDESVORSTAND

# Brief an Peter Müller

**Nachfolgend veröffentlichen wir den Brief, den der Landesvorstand an Ministerpräsident Peter Müller geschrieben hat. Anlass war ein Dankschreiben der Ministerin für Inneres, Familie, Frauen und Sport, Annegret Kramp-Karrenbauer an die Einsatzkräfte im Nachgang zum Besuch von Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler im Saarland.**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, nach dem Besuch des Bundespräsidenten Prof. Dr. Horst Köhler am 18. 12. 2004 im Saarland sprachen Sie, gemeinsam mit der Ministerin für Inneres, Familien, Frauen und Sport Annegret Kramp-Karrenbauer, den Einsatzkräften der saarländischen Polizei ein herzliches Dankeschön für die „hochmotivierte, engagierte und pflichtbewusste Aufgabenerfüllung in vorbildlicher Weise“ aus.

Auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP), Landesbezirk Saarland, teilt Ihre Auffassung, dass diese große Herausforderung von der saarländischen Polizei sehr gut gelöst worden ist.

Die GdP weiß und betont immer wieder, dass wir eine leistungsstarke und engagierte Polizei haben. Auf die Kolleginnen und Kollegen der saarländischen Polizei ist stets Verlass, insbesondere dann, wenn sie in schwierigen Situationen gefordert werden.

In diesem Zusammenhang möchten wir Sie daran erinnern, dass die Kolleginnen und Kollegen auch in der Vergangenheit zahlreiche belastungsintensive und schwierigste Aufgabenstellungen bewältigt haben und derzeit immer noch bewältigen. Beispielsweise möchte ich etwa die umfangreichen Ermittlungen im Fall Pascal Zimmer sowie die derzeit laufenden Schutz- und Sicherungsmaßnahmen im Rahmen der Gerichtsverhandlung, die unangenehme Durchsuchung einer Mülldeponie in Zweibrücken, Großeinsätze bei der Tour de France und der Deutschlandtour oder die umfangreiche Mehrbelastung durch die Veränderungen im saarländischen Polizeigesetz, bezogen auf Fälle der „Häuslichen Gewalt“ nennen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie werden mir sicher-

lich in der Feststellung zustimmen, dass nur eine hohe Motivation der Beschäftigten geeignet ist, dauerhafte Grundlage einer solchen Leistungsbereitschaft zu sein.

Die von Ihnen und der Landesregierung in den vergangenen fünf Jahren durchgeführten Maßnahmen haben die qualitative und quantitative Personalsituation bei der Polizei verbessert und damit ganz entscheidend motivationsfördernd gewirkt.

Mit Betroffenheit und Verärgerung haben die Kolleginnen und Kollegen schon im vergangenen Jahr die Entscheidungen zur Verschlechterung in der Beihilfe und bei den Sonderzuwendungen hingenommen. Daher sollte Ihnen bei den angekündigten Entscheidungen über zusätzliche Einsparungen im Bereich der Polizei und zu Kürzungen bei den Beamtinnen und Beamten bewusst sein, dass dies nicht gerade zum Erhalt oder gar zur Steigerung der Leistungsbereitschaft führt. Vor allem für die saarländischen Polizistinnen und Polizisten gilt: „Lob für Leistung ist gut und wichtig, aber gerechter Lohn für gute Leistung ist die beste und höchste Form der Anerkennung!“

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, die GdP wünscht sich genauso wie Sie und alle Saarländerinnen und Saarländer, dass die saarländische Polizei auch weiterhin große Herausforderungen in gewohnt vorbildlicher Weise meistert. Dabei sollten Sie aber immer die einfache Formel bedenken: „Qualität und Leistung haben ihren Preis“.

Wir wünschen Ihnen und Ihrer Familie ein gutes Jahr 2005.

Mit freundlichen Grüßen  
i. V. Reinhold Schmitt

P.S.: Wir erlauben uns, eine Kopie dieses Schreibens an Frau Ministerin Kramp-Karrenbauer zu schicken.

auch Bestellungen und Beschaffungen von Werbemitteln, so z. B. Sondereindruck in unseren Kalender, erfolgt sind. Wer erstattet die Kosten?

Gewählt werden muss ohnehin, denn die Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) in der LPD sowie zur Frauenbeauftragten in der Polizei werden wie vorgesehen im Jahr 2005, und zwar am 11./12. Mai, stattfinden. Deswegen war, wie vor dargestellt, auch der „Kombi-Wahltermin“ mit dem Ministerium vereinbart worden.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Wir verschließen uns einer generellen Verlängerung der Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre grundsätzlich nicht. Die GdP gibt allerdings zu beden-

ken, da die Amtsperiode der JAV offensichtlich unverändert bei zwei Jahren bleibt, dass künftig häufiger gerade mal ein Jahr nach turnusgemäß durchgeführten Personalratswahlen Neuwahlen der JAV stattzufinden haben.

Übrigens hätte die GdP eigentlich erwartet, dass der Staatssekretär, der ja immerhin mal stellvertretender Bundesvorsitzender einer Berufsvertretung gewesen ist, entweder weiß, dass der Personalrat eben nicht vor „Anschaffung eines PC“ gefragt werden muss, oder aber in Unkenntnis dieser Tatsache auf solche polemischen und populistischen Äußerungen, wie er sie in der SZ vom 29.12.04 (s. a. Ausschnitt) gemacht hat, verzichtet.

Ein guter Rat.....GdP!

Anzeige



## Das Sozialwerk informiert



### Dubai- ein Märchen aus „1000 und einer Nacht“

19.03.2005 - 26.03.2005

1099,- € p. P. im Doppelzimmer

60, € p. P. Aufpreis Meerblick

99,- € p. P. EZ- Zuschlag

159,- € p. P. EZ-Zuschlag Meerblick

459,- € Verlängerungswoche mit Frühstück

249,- € Programmpaket

*Osterferien einmal anders - kommen Sie mit uns und genießen Sie die Nächte mit orientalischen Klängen und traditionellem Bauchtanz. Kosten Sie die arabische Küche und erleben Sie die Städte der Vereinigten Arabischen Emirate, wo noch heute Tradition und Moderne miteinander harmonieren.*

*Das Emirat Dubai ist das zweitgrößte und zweitreichste von sieben Scheichtümern, die sich 1971 zu den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) zusammengeschlossen haben. Die Hauptstadt ist Abu Dhabi, doch das touristische Herz schlägt im liberalen Dubai. Hier, mitten in der Wüste, trifft Tradition auf Fortschritt. Das Emirat steckt voller Kontraste: zum einen die kosmopolitische Handelsdrehscheibe mit den alten Holzschiffen im Hafen und zum anderen das ultramoderne Manhattan der Wüste.*

**Eingeschlossene Leistungen:**

Flug mit der LH ab Frankfurt, Transfers Flughafen-Hotel-Flughafen, örtliche deutschsprachige Reiseleitung, 7 Übernachtungen im 4\*- Hotel LouLouA inkl. Halbpension (Abendessen), Flugsicherheitsgebühren sowie EU-Preissicherungsschein.

**Nicht eingeschlossene Leistungen:**

Nicht genannte Mahlzeiten, als Fakultativ bezeichnete Ausflüge (Programmpaket), Reiseversicherungen.

Veranstalter: WEITE WELT Reisen GmbH Köln

# Erneute gerichtliche Rüge für Beihilfekürzung

Von Carsten Baum

**„Bittere Pillen“ hat der saarländische Dienstherr den Beihilfeberechtigten im Sommer letzten Jahres mit diversen Verschlechterungen bei den Beihilfeleistungen „verordnet“. Dazu zählt auch die Begrenzung der beihilfefähigen Aufwendungen für orthopädische Einlagen auf den nach Meinung des Dienstherrn „angemessenen“ Höchstbetrag von 90 Euro. Rechtsgrundlagen dafür sind § 5 Abs. 1 Nr. 9 der Beihilfeverordnung (BhVO) sowie die dazu ergangenen Richtlinien betreffend Beihilfefähigkeit der Aufwendungen für Hilfsmittel in der zuletzt durch Erlass vom 20. Juni 2003 – zum Nachteil der Beihilfeberechtigten – geänderten Fassung.**

Diese „Deckelung“ hat dazu geführt, dass Beihilfeberechtigte je nach Beihilfesatz nur noch 50, 70 oder 80 Prozent von max. 90 Euro für Einlagen erstattet bekommen, auch wenn die aufgrund ärztlicher Verordnung vom Orthopädiemechaniker individuell gefertigten Einlagen teurer als 90,00 Euro sind. Dass in einem bestimmten Einzelfall die Beihilfeleistung solcherart gekürzt worden ist, kann der Antrag stellende Beihilfeberechtigte in seinem Beihilfebescheid ohne große Rechnerei an dem im Bescheid enthaltenen „Hinweis 455“ erkennen.

Unterstützt durch GdP-Rechtsschutz und vertreten durch unseren Vertragsanwalt Wolfgang Althaus hat ein GdP-Kollege gegen diese Kürzung erfolgreich geklagt. Zugunsten des Kollegen, der Aufwendungen in Höhe von 125 bzw. 180 Euro für spezielle Schuheinlagen seines Sohnes geltend gemacht hatte, hat das Verwaltungsgericht des Saarlandes mit Urteil vom 23. 11. 2004 (Aktenzeichen 3 K 257 /03) die Begrenzung der beihilfefähigen Aufwendungen für orthopädische Einlagen auf 90 Euro für rechtswidrig erklärt. Das Gericht hat sorgfältig recherchiert und bei verschiedenen Orthopädienschuhmachern sowie bei deren Landesinnung die marktübliche Preisspanne für individuell gefertigte Einlagen ermittelt. Hiernach differieren die Preise nicht etwa deshalb, weil die Orthopädiemechaniker unterschiedlich kalkulieren, sondern richten sich nach Arbeit und Aufwand, der auf der medizinisch notwendigen individuellen Anfertigung der Schuheinlagen beruht. Die Fachleute: „Es gibt keine Standardeinlage aus der Schublade, jede Einlage

gilt nach dem Medizinproduktegesetz als individuelle Sonderanfertigung, so dass etwa bei extremen Fuß-Fehlstellungen Preise von 125 bzw. 180 Euro (wie sie der Kläger zu zahlen hatte) durchaus im realistischen Bereich angesiedelt sind.“ Der von der Beihilfestelle höchstens anerkannte Betrag von 90 Euro liege teilweise unter dem, was der Orthopädienschuhmacher mit den gesetzlichen Kassen abrechnen kann und dem Aufpreis, den er zusätzlich vom Kunden verlangen muss.

Aufgrund der eingeholten Auskünfte kam das Gericht zusammenfassend zu der Überzeugung, dass der von der Beihilfestelle als „angemessen“ im Sinne der Beihilfeverordnung angesehene Höchstbetrag von 90 Euro gegen das sich aus § 4 Abs. 1 BhVO abzuleitende Gebot der Realitätsbezogenheit verstößt, soweit diese Deckelung die medizinisch notwendige Individualanfertigung von orthopädischen Schuheinlagen außer Betracht lässt und damit – je nach orthopädisch notwendiger Ausfertigung – weit und willkürlich unter dem bleibt, was „marktüblich“ ist.

Das Gericht hat daher das Saarland dazu „verurteilt“, dem Kläger nicht nur 80 Prozent von 90 Euro, sondern von 125 bzw. 180 Euro als beihilfefähig anzuerkennen und ihm die entsprechenden Fehlbeträge nachzahlen.

Offenbar ist der saarländische Dienstherr jedoch nicht bereit, den Richterspruch aus Saarlouis zu akzeptieren. Der klagende Beamte selbst wie auch andere Beihilfeberechtigte, die für Schuheinlagen bei der Beihilfestelle Aufwendungen von über 90 Euro bereits eingereicht haben oder

dies aktuell tun, schauen also zumindest vorerst weiter in die Röhre. Denn das Urteil des Verwaltungsgerichts (VG) konnte noch nicht rechtskräftig werden, weil das Saarland gegen das Urteil Berufung beim Oberverwaltungsgericht (OVG) eingelegt hat – ebenso wie schon gegen ein vorangegangenes Urteil des VG vom September 2004, mit dem der von den Beihilfeempfängern zu leistende 15-prozentige Eigenanteil bei Aufwendungen für Krankengymnastik, Massagen pp. für rechtswidrig erklärt worden war (siehe Bericht im Januar-Heft unseres Landesjournals).

Auch aktuell bei der Beihilfestelle eingereichte Beihilfeanträge werden deshalb von der Beihilfestelle wie bisher abgearbeitet, d.h. es werden bei Heilbehandlungen weiterhin Eigenanteile abgezogen bzw. die Aufwendungen für Schuheinlagen nur bis max. 90 Euro anerkannt. Aus Sicht der GdP untermauert die Hartleibigkeit des Dienstherrn gegenüber beiden Urteilen des Verwaltungsgerichts mit aller Deutlichkeit, dass auch bei den Fürsorgeleistungen Einsparziele unbeirrt weiterverfolgt werden – notfalls eben auch auf dem Rücken gesundheitlich gehandycapter Beschäftigter und ihrer Angehöriger.

## Was können Betroffene tun?

Hinsichtlich beider VG-Urteile muss jetzt eine rechtskräftige Entscheidung der Folgeinstanz abgewartet werden. Beide Angelegenheiten können erst dann abschließend Erfolg haben und zu Nachzahlungen führen, wenn die VG-Urteile durch das Oberver-

waltungsgericht (oder im weiteren Verlauf sogar das Bundesverwaltungsgericht) bestätigt werden. Das kann dauern. Bis dahin dürfen aber betroffene Beihilfeberechtigte nicht untätig bleiben, wenn die ihnen nach dem (noch nicht rechtskräftigen) Urteil des VG zustehenden Restansprüche nicht „verfristen“ und damit verloren gehen sollen.

Wie schon hinsichtlich der 15-prozentigen Eigenanteile für Heilbehandlungen, hat die GdP ihren Mitgliedern auch hinsichtlich der Deckelung der Aufwendungen für Schuheinlagen in schnellstmöglicher Reaktion auf das VG-Urteil bereits kurz vor Weihnachten per Flugblatt und Mail geraten, gegen Beihilfebescheide, die den „Kürzungshinweis 455“ enthalten, so rechtzeitig schriftlich Widerspruch einzulegen, dass der Widerspruch der Beihilfestelle spätestens einen Monat nach Erhalt des Beihilfebescheides vorliegt. Weitere Infos und Musterwidersprüche sind bei der GdP-Geschäftsstelle, den Personen- oder Kreisgruppen oder übers Internet (<http://www.gdp-saar.de>) verfügbar.

## Was ist mit „älteren Beihilfebescheiden“?

*Juristisch prüfen lassen hat die GdP-Saar die Frage, ob es mit Blick auf die beiden o. a. VG-Urteile möglich ist, auch länger als vier Wochen zurückliegende Beihilfebescheide per Widerspruch anzufechten. Schließlich beruhen*

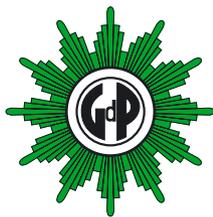
KREISGRUPPEN

# Unsere Kreisgruppen berichten

diese ja nach Ansicht des VG auf rechtswidrigen Beihilferegelungen. Klare Antwort der Juristen: Nein – wegen der hier geltenden Rechtsmittelfrist sind nur „frische“ Beihilfebescheide anfechtbar, deren Datum zum Zeitpunkt des Widerspruchs nicht länger als 1 Monat zurückliegt.

Daher rät die GdP:

Aufpassen – aktuelle Beihilfebescheide genau studieren – auf Hinweise Nr. 371 und 377 (Eigenanteile!) oder Nr. 455 (Schuheinlagen!) achten – Musterwiderspruch besorgen und ausfüllen – schnell ab damit zur Beihilfestelle.



Anzeige

## Sozialwerk der GdP informiert



Ein Fest für die Sinne .... Relaxen auf Rügen

28. Juni bis 03. Juli 2005

Leistungen:

- 5 Übernachtung mit Halbpension im \*\*\*\*\*-Cliff-Hotel
- Busreise im \*\*\*\*-Bus (auch Transfers vor Ort)
- Rügenrundfahrt
- Eisenbahnfahrt zum Cap Arkona
- Kurtaxe
- Reiseleitung durch Artur Jung
- Reiserücktrittskosten- und Insolvenzversicherung

Nur 499,- EURO

Änderungen beim Programm oder bei der Reiseleitung vorbehalten  
Veranstalter: Lockart Reisen, Duedowfen, in Kooperation mit dem Sozialwerk der GdP Saarland

Gleich Plätze sichern !

Anmeldung ausfüllen und zurücksenden.

Hotline: Tel: 0681 – 84 12 40  
Fax: 0681 – 84 12 424

Bitte vormerken:  
12.09. 21.09.2005 Gruppenreise mit dem Bus nach Ungarn.  
Information erfolgt Anfang Januar.

### KG Merzig-Wadern

#### Jahresabschluss der Ruhestandsbeamten

Wie in jedem Jahr lud die KG Merzig-Wadern ihre Ruhestandsbeamten zum Jahresabschluss in das Haus Sonnenwald in Merzig-Besseringen ein und, wie dies bei den Merzigern Senioren üblich ist, kamen wieder viele.

Kreisgruppenvorsitzender Christof Wilhelm konnte neben den Ruhestandsbeamten aus dem Grünen Kreis den stellvertretenden Landesvorsitzenden der Senioren German Freichel, den rührigen Seniorenobmann Hugo Bohr und den Kreisschatzmeister Dieter Kiefer begrüßen. Besondere Grüße überbrachte er im Auftrag des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Arthur Jung an die Senioren, der an diesem Tag die Interessen der Ruheständler auf einer Tagung in Berlin vertreten musste.

German Freichel berichtete über das Landesgeschehen, während GdP-Urgestein Hugo Bohr einen Überblick über die Aktivitäten im abgelaufenen Jahr und einen Ausblick für 2005 formulierte.

Bei seinem Rückblick gedachte Bohr nochmals den Kolleginnen und Kollegen der Seniorengruppe, die im Jahre 2004 verstorben sind.

Der Kreisgruppenvorsitzende berichtete aus der Kreisgruppe, von der Landesvorstandssitzung sowie aus der Diskussionsveranstaltung zum „Solidarpakt Saar“ mit der Innenministerin.

Anschließend erläuterten Bohr und Wilhelm das Urteil des Verwaltungsgerichtes des Saarlandes vom 21.9.2004 hinsichtlich der Beihilfekürzung bei Heilbehandlungen, sowie die Verfahrensweise beim Widerspruch. Die GdP hält für ihre Mitglieder Musterwidersprüche vor, bei denen nur noch die persönlichen

Daten ergänzt werden müssen.

Nach dem Motto: „Weißt Du noch, wie wir damals...“, wurden bei einem kleinen Imbiss einige Anekdoten ausgekramt, die mehr als ein Schmunzeln auslösten....

Die KG Merzig-Wadern blickt voller Stolz auf Ihre Seniorengruppe mit ihren alten Fuhrmännern Hugo Bohr und German Freichel an der Spitze ... weiter so!!!

#### Willi Bischoff sagte: „Servus!“

Im Herbst dieses Jahres war es soweit: Willi, langjähriges GdP-Mitglied, Urgestein der PI Wadern und Polizist aus Leidenschaft, vollendete seinen 60. Geburtstag und wurde in den wohlverdienten Ruhestand versetzt.

Doch einfach so ging er nicht: Noch einmal lud er seine Weggefährten zu einer Feier ins Nebengebäude der PI Wadern ein – und viele kamen!

Nach der offiziellen Verabschiedung durch EPHK Groh gab KHK Schamper einen wohl einzigartigen Rückblick auf Willis' Schaffenswerk.

Christof Wilhelm schloss sich den Gratulanten an und überreichte dem Neu-Pensionär ein Präsent. Nach Willis' bewegendem Abschiedsrede war Feiern und Schwelgen in Erinnerungen bis tief in die Nacht angesagt. Die Aussagen der Kolleginnen und Kollegen zu Willis' Abschied war einhellig: „Schade, dass Du gehst!“ Lieber Willi, wir wünschen Dir im neuen Lebensabschnitt alles erdenklich Gute!

Christof Wilhelm

#### Mitgliederbetreuung

Gemeinsam mit dem stellv. Landesvorsitzenden der Senioren besuchte der Seniorenobmann, der Kollege Hugo Bohr, in der Weihnachtswoche die erkrankten Seniorenkollegen. Mit den besten Weihnachts- und Genesungswünschen wurde ein kleines Präsent überreicht.

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Mit dieser Geste soll den älteren und kranken Kollegen gesagt werden, dass sie von ihrer Gewerkschaft nicht vergessen sind. Aufgesucht wurden die Kollegen: Adolf Koch (85), Weiskirchen-Rappweiler, Gottfried Öhling (86), Losheim-Britten, Jakob Müller (86), Beckingen, Leo Thome (86), Wadern-Nunkirchen, Johann Schumacher (82), Perl, Heinrich Freudenreich (80), Merzig-Brotdorf, Artur Bösen (76), Merzig-Brotdorf.

Allen Kollegen wünschen wir viel Glück und Gesundheit für das Jahr 2005. Die Seniorenvertreter der Kreisgruppe Merzig-Wadern, Hugo Bohr und German Freichel.

## Kreisgruppe Neunkirchen

### Runder Geburtstag

Am 2. Weihnachtsfeiertag 2004 feierte in Neunkirchen, Blumenstraße, unser ältestes Kreisgruppenmitglied, Frau Karoline Pint, ihren 90-sten Geburtstag. Frau Pint gehört seit 1963 der GdP an. Die Glückwünsche der Kreis-

gruppe und des Landesvorstandes überbrachte der Seniorenvertreter Armin Jäckle.

Die Kreisgruppe Neunkirchen wünscht der Jubilarin weiterhin Gesundheit und Wohlergehen.

H.E.

## Kreisgruppe Saar-Pfalz-Kreis

Mit Ablauf des Jahres 2004 gab unser GdP-Kollege Georg Ludwig, nach über 50-jähriger Funktionärstätigkeit, seine Ämter aus gesundheitlichen Gründen auf. Lieber Georg, du wirst bald 78 Jahre alt und hast in der GdP die verschiedensten Funktionen wahrgenommen (Obmann, KG-Vorsitzender, Mitglied der Besoldungskommission, Mitglied der Rechtsschutzkommission, Vertrauensmann im LKA, Mitglied im Aufsichtsrat Sozialwerk) und damit große Treue und Solidarität zur GdP bewiesen. Du hast gute Gründe in den „Funktionärsruhestand“ zu treten. Wir wünschen Dir von dieser Stelle für die Zukunft alles erdenklich Gute.

Der Landesvorstand

## ARBEITSSCHUTZ

# Sehhilfen für Bildschirmarbeitsplätze

Mit Erlass vom 18. 10. 2004 gibt es eine neue Regelung der Kostenerstattung für die Beschaffung spezieller Sehhilfen für die Tätigkeit an Bildschirmarbeitsplätzen. Die alte Erlassregelung musste aufgrund gesetzlicher Änderungen modifiziert werden. Grundsätzlich gilt Folgendes: Der betriebsärztliche Dienst bzw. ein ermächtigter Facharzt führt die entsprechenden Untersuchungen durch. Wird eine Sehhilfe für notwendig erachtet, ist dies der zuständigen Personalabteilung anzuzeigen. Die Personalabteilung kann der bzw. dem Bediensteten einen „Bestellschein für Bildschirmarbeitsbrillen“ ausstellen, welcher zum Erwerb einer

solchen Sehhilfe in einer beliebigen Filiale der Firma Fielmann berechtigt. Es besteht keine Verpflichtung, die Brille bei der Firma Fielmann zu erwerben, jedoch werden nur die mit der Firma Fielmann ausgehandelten Preise bei der Kostenerstattung zugrunde gelegt. Höherwertige Ausstattungen der Bildschirmarbeitsbrille können mit dem Optiker vereinbart werden, sind aber grundsätzlich von der Kostenerstattung ausgenommen.

Der Erlass findet auch Anwendung auf Beamtinnen und Beamte und ist nachzulesen im Amtsblatt des Saarlandes vom 25. November 2004, Seite 2314 und 2315. D.S.

## DIENSTPOSTENBEWERTUNG

# Neue Bewertungskommission bestellt

**Nachdem die Unterarbeitsgruppe Ende Juli 2004 eine erste Überprüfung einzelner Dienstposten, unter anderem auf Grund von Eingaben, vorgenommen und die Hausleitung Mitte November ihr „o.k.“ gegeben hatte, konnte nun auch der Polizeihauptpersonalrat im Rahmen der Mitwirkung zustimmen.**

Die noch verbliebenen Kritikpunkte sowie eine generelle Überprüfung der Bewertung, wie von der GdP gefordert, sind nun durch die neu eingesetzte Bewertungskommission zu bearbeiten. Damit wird gleichzeitig das Prinzip der Dynamisierung, d. h. ständige Fortschreibung und Überprüfung müssen möglich sein und bleiben, festgeschrieben.

Die bestellten Mitglieder der Bewertungskommission sind unmittelbar an die Leitung des Ministeriums angebunden und in ihrer Funktion nicht an Weisungen gebunden.

Die Kommission setzt sich wie folgt zusammen:

MR Wolfgang Klein, Leiter D 6, als Vorsitzender

RA Michael Leidinger, zuständiger Sachbearbeiter D 6

KHK Konrad Rauber, Leiter des Stabsbereiches 3 beim Führungsstab der LPD

POK Markus Müller, Dienstgruppenleiter bei der PI Alt Saarbrücken

KHK Johannes Peter Mai, Leiter des Dezernates 37 beim LKA

POK Rainer Ritz, Personal-sachbearbeiter im Dezernat 13 des LKA

POR Hans-Peter Schäfer, Leiter des Fachbereiches Polizeivollzugsdienst bei der FHSV

Selbstverständlich werden der Polizeihauptpersonalrat, die Frauenbeauftragte und der Vertreter der behinderten Menschen die Arbeit der neuen „Bewerter“ konstruktiv kritisch begleiten.

Die GdP wünscht der Bewertungskommission nach dem bereits erfolgten guten Start ein glückliches aber vor allem ein gerechtes Händchen!

R.S.

# Neujahrsempfang im Bürgerhaus Burbach



**Gutgelaunte Gäste beim Neujahrsempfang der GdP im Bürgerhaus Burbach. In der nächsten Ausgabe werden wir ausführlich in Wort und Bild berichten.**

Foto: D.S.